

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 9

Erstausg. Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. ohne Postgebühren. Für Postbezugsstellung bei allen Postämtern. Verlagsort: Berlin C. 2, Breitestr. 4/9 IV. Fernruf: Zentrum 372

Berlin, den 26. Februar 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gefaltene Kolonialzettel 3 Mark; für Werbemittel 2 Mark; Stellenangebote 3 Mark; Veranlassungsanzeigen 4 Mark. •• Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten ••

38. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands ist für den 19. Juni nach Leipzig einberufen. Anträge für den Kongress müssen bis spätestens den 22. April an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingekandt werden. Zur Stellung von Anträgen sind neben dem Verbandsvorstand auch die Zahlstellen berechtigt. Anträge einzelner Mitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von der Zahlstelle oder dem Verbandsvorstand unterstützt werden.

Wir bitten, diese Bestimmungen zu beachten und, sofern Anträge durch die Zahlstellenverwaltungen an den Bundesvorstand eingekandt werden, auch uns eine Abschrift derselben gefl. übermitteln zu wollen.

Wahl der Delegierten. Nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl pro 1921 stehen dem Verband 8 Delegierte zu. Laut Beschluß des letzten Verbandstages sind die Vertreter durch Urabstimmung zu wählen auf Grund des Verhältniswahlsystems, das Reich soll dabei einen Wahlbezirk bilden. Da dem Verbandsvorsitzenden und dem Redakteur nach dem gleichen Beschluß vorweg ein Mandat zusteht, sind mithin 6 Delegierte durch Urwahl zu bestimmen. Da es technisch nicht möglich ist, bei dieser Wahl das Verhältniswahlsystem in Anwendung zu bringen, wie wir an anderer Stelle dieser Nummer der Zeitung nachweisen, hat der Verbandsvorstand beschlossen, die Wahl in gleicher Weise tätigen zu lassen, wie sie bereits 1919 bei den Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress geschehen ist. Er glaubt damit dem Beschluß des letzten Verbandstages, soweit dieser überhaupt realisierbar ist und dem Willen der übergroßen Mehrheit der Mitglieder gerecht zu werden.

Das gesamte Verbandsgebiet bildet einen Wahlbezirk. Die Wahl der 6 von den 8 Delegierten erfolgt durch Urwahl an den gleichen Tagen, an denen die Wahl der Delegierten zum Verbandstag erfolgt, das sind der 7., 8. und 9. April.

Die Vorschläge für die 6 Delegierten sind in Mitgliederversammlungen der Zahlstellen zu machen, Einzelmitglieder haben ihre Vorschläge an den Gau- bevollmächtigten abzugeben. Die gemachten Vorschläge sind bis spätestens den 18. März an den Verbandsvorstand einzusenden. In der darauffolgenden Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ werden die Vorschläge bekanntgegeben.

Die Stimmzettel mit den Namen der Kandidaten werden durch den Verbandsvorstand den Gau- und Ortsverwaltungen rechtzeitig zugestellt. Von den vorgedruckten Namen sind bei der Wahl durch die wählenden Mitglieder, und zwar im Wahllokal selbst, soviel Namen zu streichen, daß nur noch die 6 Namen stehen bleiben, die das wählende Mitglied als Delegierte haben will. Im übrigen gilt das Reglement für die Wahl der Verbandsstagsdelegierten sinngemäß auch für diese Wahl.

Die Einsendung der Wahlergebnisse hat zugleich mit dem Ergebnis der Wahl der Vertreter zum Verbandstag zu erfolgen.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, alle Vorbereitungen entsprechend den vorstehenden Bestimmungen so rechtzeitig und so sorgfältig zu treffen, daß die Wahlen glatt vorstatten gehen können.

2. Anträge zum Verbandstag. Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung in Nr. 1 der „Buchbinder-Zeitung“ weisen wir darauf hin, daß

Anträge zum Verbandstag bis spätestens Mittwoch, den 1. März, im Besitz des Verbandsvorstandes sein müssen.

Etwas später eingehende Anträge können eine Berücksichtigung bei der Veröffentlichung nicht mehr finden.

Bei jedem Antrag ist anzugeben, für welchen Punkt der Tagesordnung er gestellt ist.

Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben, wobei die Rückseite des Blattes freibleiben muß.

3. Einlieferung der Quartalsabrechnungen. Trotz unserer wiederholt erfolgten dringenden Aufforderung um rechtzeitige Fertigstellung und Einlieferung der Abrechnungen haben die Verwaltungen der Zahlstellen in Neudamm, Litzki, Fienburg, Torgau, Kassel, Gau Rheinland-Westfalen, Münster, Mainz, Mannheim-Ludwigshafen, Saarlouis, Erfurt, Greiz, Halle a. d. S., Ilmenau, Schmalzhausen, Weiskensfeld, Freiburg i. Br. und Kirchheim-Teck die Abrechnung für das längst abgeschlossene vierte Quartal 1921 noch nicht eingelefert.

Wir richten an die Bevollmächtigten dieser Zahlstellen das dringende Ersuchen, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnung nun schnellstens eingekandt wird. Gegen alle diejenigen Zahlstellen, deren Abrechnung nicht spätestens am 28. Februar bei uns eingetroffen ist, kommen von diesem Tage ab die im Handbuch, Seite 95, vorgesehenen Maßnahmen in Anwendung.

4. Einlieferung der Verbandsgelder. Infolge der erhöhten Beiträge haben alle Zahlstellen mit größeren Einnahmen als bisher zu rechnen. Wir müssen leider die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Geldbestände am Orte zurückgehalten werden. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jedes Monats, an die Verbandskasse einzusenden.

Die örtlichen Bevollmächtigten und insbesondere auch die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbestände nicht unbenützt am Ort zurückgehalten, sondern regelmäßig jeden Monat an die Verbandskasse abgeliefert werden. Für eventuell eintretende Verluste sind die Zahlstellen der Verbandskasse gegenüber mit ihrem gesamten Lokalamt möglichen haftbar.

5. Gau Nordosten. Nachdem die Wohnungsschwierigkeiten in Stettin wenigstens provisorisch überwunden werden konnten, ist die Verlegung des Gauvorortes nach Stettin nunmehr durchgeführt worden.

Die Adresse des Gauleiters ist: A. Würzberger, Stettin, Kronprinzenstr. 38 III.

Alle Zuschriften und Geldsendungen für den Gauvorstand sind für die Folge an diese Adresse zu richten.

6. Anstellung neuer Verbandsbeamten. Als Getreid für das Verbandsbureau ist gewählt Kollege Wilhelm Stephan in Berlin

und als zweiter Angestellter für den Gau Rheinland, links des Rheins, mit dem Sitz in Köln, Kollege Ignaz Klimm in Nürnberg.

Den übrigen Bewerbern um die beiden Stellen danken wir für ihre Bewerbungen und

für ihre Bereitwilligkeit, ganz in den Dienst des Verbandes zu treten. Wir bitten sie, ihre Bewerbungen hierdurch als erledigt zu betrachten.

7. Anstellungen für die Berliner Zahlstelle. In der Jahresgeneralversammlung der Berliner Zahlstelle ist auf Grund des § 48 des Statuts beantragt worden, eine Neuwahl aller Angestellten der Zahlstelle vorzunehmen.

Die Ausschreibung der Stellen ist in Nummer 7 8 der „Buchbinder-Zeitung“ erfolgt, worauf wir hiermit noch einmal hinweisen möchten.

8. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Beitragsklasse				
	1	2	3	4	5
Bernau	50	50	50	50	50
Brandenburg	50	50	50	50	50
Potsdam-Rovawes	—	—	80	—	150
Saarbrücken	200	200	200	250	250
Seiffhennersdorf	100	100	100	100	100
Hlm	—	—	50	—	100
Erier	—	75	75	150	150
Wesel	—	—	75	—	100
Zittau	50	50	50	100	100

Der Verbandsvorstand.

## Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress.

Ein undurchführbarer Verbandsstagsbeschluß.

Der Verbandstag in Würzburg, auf dem bekanntlich sehr viel geredet aber wenig praktische Arbeit geleistet wurde, hatte unter anderem auch einen Antrag (150a) des Kollegen Thalheim, Leipzig, angenommen, der folgendes besagt:

„Die Delegierten zum Gewerkschaftskongress sind in Zukunft durch Urabstimmung zu wählen auf Grund des Verhältniswahlsystems.“

Das Reich bildet einen Wahlbezirk.“

Dazu wurde noch als Ergänzung der letzte Absatz eines die gleiche Frage behandelnden Antrages der Osterkommission angenommen, der verlangte, daß je ein Mandat für den Verbandsvorsitzenden und für den Redakteur des Verbandsorgans nicht zur Wahl steht.

Wenn man nun diesen Beschluß in die Tat umsetzen will, zeigt es sich, daß er praktisch völlig un durchführbar ist, daß die Worte: „auf Grund des Verhältniswahlsystems“ in dem Zusammenhang, wie sie angewandt sind, keinen Sinn haben.

Untersuchen wir das näher.

Verhältniswahlen setzen voraus, daß die Wähler in mehrere straff organisierte Gruppen oder Parteien zerfallen und es soll durch diese Art der Wahl erreicht werden, daß nicht einer Partei oder Gruppe, und zwar der, die die meisten Stimmen auf sich vereint, alle Mandate zufallen. Soweit ganz gut. Nun haben wir aber zum Glück in unserem Verband keine straff organisierten Parteien oder Gruppen, die sich einheitslich über ganz Deutschland erstrecken und die die Träger der Verhältniswahl sein könnten.

Da das Reich einen Wahlbezirk zu bilden hat, steht es allen Mitgliedern in den Zahlstellenversammlungen zu, Vorschläge für die Wahl zu machen und alle diese Vorschläge müssen in gleichberechtigter Weise zur Wahl gestellt werden.

Wenn nun nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden sollte, so müßte bei jedem vorgeschlagenen männlichen oder weiblichen Kandidaten auch angegeben werden, welcher Gruppe oder Partei er angehört. Da nun für jede Gruppe oder Partei mehr Vorschläge gemacht werden dürften, als für sie Mandate in Frage kommen, müßte nach Eingang der Wahlvorschläge erst durch Abstimmung festgestellt werden, in welcher Reihenfolge sie auf den eigentlichen Abstimmungszeitel ausgeführt werden sollen.

Wie soll nun aber eine solche Abstimmung durchgeführt werden und wenn man sie durchführen möchte, welche schrecklichen Kuddelmuddel und welche heillosen Arbeit würde sie für alle Beteiligten bringen? Selbst wenn man diese Abstimmung fortsetze und die für die einzelnen Gruppen oder Parteien eingebrachten Vorschläge auf je einen Wahlszeitel bringen würde, welche ungeheure Zersplitterung der Stimmen würde sich ergeben bei der Auszählung der auf jeden einzelnen Kandidaten entfallenden Stimmen, wieviel Zeit und Kraft müßte dabei verthan werden, um schließlich zu einem Resultat zu gelangen?

Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen, daß die übergroße Zahl unserer Mitglieder nicht will, daß eine solche Verschwendung an Arbeit, Zeit und Geld, wie sie derartige Wahlen naturwendig mit sich bringen müssen, gepfost wird um eines Prinzips willen, das an und für sich gut und nützlich ist, aber im vorliegenden Fall, aus den kurz angeführten Gründen heraus, einfach nicht durchgeführt werden kann.

Der Verbandsvorstand.

### Die Not der Presse

Ein Thema, das jeder aufmerksame Zeitungsleser sehr häufig erörtert findet. Auch wir sind gezwungen, diese Frage einmal kurz zu streifen, da sich u. a. auch der Verbandstag mit ihr wird befassen müssen. Hierbei soll weniger Bezug genommen werden auf den vorhandenen Papiermangel, weil diesem bis jetzt noch immer begegnet werden konnte. Meistens handelt es sich für uns um die rein materielle Seite der Frage. Veranlaßt durch die gewaltigen Papierpreissteigerungen gehen die Kosten auch unserer „Buchbinder-Zeitung“ immer mehr in die Höhe. Unter Zustimmung des Verbandskrats ist darum bestimmt worden, daß unsere Zeitung nur noch vierseitig erscheinen soll, und nur noch in besonders dringenden Fällen darf die Herausgabe in acht Seiten stattfinden.

Die Steigerung der Zeitungskosten hat im Laufe der Zeit eine Höhe erreicht, die, wenn sie auch im allgemeinen im üblichen Rahmen aller Preissteigerungen bleibt, doch zwingt, daß man sich mit ihr befaßt. Unsere Zeitung kostete:

Im Jahre	Das Exemplar	Bei einer Auflage von	Gesamtaufgabe im Jahre
1913	2,0	85 000	170 000,—
1914	1,9	80 000	152 000,—
1915	1,85	23 000	42 525,—
1916	2,25	22 000	49 500,—
1917	3,06	23 000	69 380,—
1918	2,92	26 500	75 370,—
1919	5,2	88 000	457 600,—
1920	14,4	84 000	1 209 600,—
Januar 1922			
vierseitig	18,0	81 900	1 457 534,—
achtfseitig	30,5	91 900	2 798 550,—

In dieser Aufstellung ist zunächst zu beachten, daß die Kosten, die für den Januar 1922 angeführt sind, sich voraussichtlich mit jedem kommenden Monat erhöhen werden. Weiter sei darauf hingewiesen, daß im Jahre 1913 und bis Ende Juli 1914 unsere Zeitung nur achtfseitig erschien und daß von August 1914 an zwar die vierseitige Ausgabe im allgemeinen durchgeführt wurde, daß aber, namentlich 1919 und 1920 doch eine ganze Anzahl von Nummern achtfseitig herausgebracht wurden. In Beachtung dieser Umstände ist zu sagen, daß die Kosten für eine achtfseitige Ausgabe unserer Zeitung sich im Januar 1922 auf das mehr als 15fache des Vorkriegsstandes erhöht haben und daß diese Erhöhung mit dem Fortschreiten des Jahres noch weiter anhalten wird, so daß wir am Jahreschluß mit einem Gesamtaufwand von vielleicht 1 200 000 Mk. für eine vierseitige Ausgabe und von vielleicht 2 200 000 Mk. für eine achtfseitige Ausgabe werden rechnen müssen. Es zeigt sich also, daß ein erheblicher Teil unserer Mitgliederbeiträge von den Kosten für die

„Buchbinder-Zeitung“ aufgezehrt werden. Angesichts dieser horrenden Steigerung, drängt sich uns die Frage auf, ob das so weiter gehen kann, oder ob nicht doch nach Mitteln umschaut gehalten werden soll, die eine Entlastung unserer Verbandskasse von dieser ansehnlichen Ausgabe zum Ziel haben.

Dabei sei im voraus bemerkt, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, in der jetzigen Zeit mit deren vielseltiger Anforderung zur Stellungnahme zu den verschiedensten in das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften fallenden Erscheinungen die Verbandszeitung auf die Dauer nur vierseitig erscheinen zu lassen. Und wenn dann, wie bei unserer „Buchbinder-Zeitung“, der Umfang der Zeitung, gemessen am Format, auch noch ein kleiner ist, dann muß jedem klar werden, daß eine Schriftleitung um so weniger in der Lage ist, den notwendigsten Anforderungen zu entsprechen. Dabei kann zunächst noch außer Anlaß bleiben das durch dauernde Lohnbewegungen ständig im Fluß gehaltene Verbandsleben, das naturgemäß sich auch in etwas in der Verbandszeitung auswirken will. Diese — man möchte sagen — unnatürliche Einengung des Tätigkeitsgebietes läßt auf die Dauer jede Schaffensfreude, weil das völlig Unzulängliche von niemandem mehr gefühlt werden kann als von dem, der letzten Endes die Verantwortung dafür aufgebürdet bekommt von allen denjenigen, denen die Grundursachen der Unzulänglichkeit gleichgültig sind, und hier und da auch wohl von denjenigen, die diese Grundursachen kennen, aber an ihnen vorbeigehen.

Die durch den hohen Kostenaufwand notwendige Verquickung der materiellen Seite mit der ideellen, zwingt zugunsten der Sache zu einer Einschränkung so lange, als nicht ein Ausweg aus dem ganzen Uebelstand gefunden ist. Die Frage einer ausnahmsweisen Herausgabe der Zeitung mit acht Seiten muß zunächst noch immer an der Kostenfrage scheitern. Jede achtfseitige Nummer erfordert über den Kostenaufwand einer vierseitigen Nummer hinaus eine Mehrausgabe von zurzeit fast 20 000 Mk. Kann diese hohe Mehrbelastung — wenn auch nur für Ausnahmefälle, mit denen aber niemandem so recht gebietet ist — verantwortet werden? Wie aber kann dem Uebelstand abgeholfen werden? Den Preissteigerungen für Papier und Druckkosten stehen wir machtlos gegenüber. Ersparnisse nach anderen Richtungen hin fallen diesen Kosten gegenüber nicht ins Gewicht, es wird und kann sich da immer nur um Kleinigkeiten handeln, denen besondere Bedeutung nicht beigemessen werden kann. Trotzdem sei gesagt, daß unsere Zahlstellen sich bei Bestellungen der größtmöglichen Sparsamkeit bestreben müssen. Es kann nicht angehen, daß mehr Zeitungen verlangt werden, als Mitglied vorhanden sind. Hier können also auch unsere Zahlstellenverwaltungen an einer Einschränkung der Ausgaben mitwirken.

In der nächsten Nummer werden wir einige positive Vorschläge machen, um deren sachliche Diskussions wir schon heute bitten.

### Jur bevorstehenden Schulentlassung.

Der Schulschluß naht. Eure Kinder sollen einer Lehrstelle zugeführt werden. Denkt da an eure Jugend- und Begehrtheit, wie hart und freudlos diese war. Wenn ihr euren Nachwuchs vor gleichem bewahren wollt, so erkundigt euch vor Abschluß des Lehrvertrages bei der zuständigen freien Berufsorganisation. Schließt keinen Lehrvertrag ab, der feste Kost- bzw. Lohnsätze enthält, sondern drängt darauf, daß die Lohnsätze sich nach den tariflichen Bestimmungen der einschlägigen Abmachungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern regeln. Bestehen solche nicht, dann ist darauf zu dringen, daß die Lohnsätze der jeweiligen Teuerung zu entsprechen haben, und daß sie durch die örtlichen Schiedsstellen festgelegt werden.

Wendet euch in allen Fragen, die sich aus dem Arbeits- und Lehrverhältnis ergeben, an die zuständige freie Gewerkschaft führt eure Kinder den Jugendorganisationen der freien Gewerkschaften zu. Die freien Gewerkschaften haben den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Handwerkskammern und Innungen aufgenommen. Ein umfangreicher und gründlicher Entwurf der freien Gewerkschaften zur Reformierung des gesamten Arbeitsrechtes für Jugendliche und Lehrlinge liegt vor. Unterstützt diese im Kampfe für Gleichberechtigung der Arbeitnehmer auch in der Lehrlingsfrage.

### Lieber die Durchführung des Achtstundentages in Deutschland

Ist vom ADGB, an die Arbeiterpresse eine Zusammenstellung verandt worden, die sich proben hierüber aus 22 Berufen und 20 Orten wiedergibt. Nach dieser Arbeitsergebnisse von 1 889 413 Beschäftigten 601 534 48 Stunden, während der erheblich größere Teil von 787 819 unter 48 Stunden bis herab zu 42 Stunden arbeitet. Da dem ADGB, allein schon rund 8 Millionen Organisierte angeschlossen sind, ist aus dieser Notiz ohne weiteres ersichtlich, daß es sich nur um einen ganz knappen Auszug aus der Materie handelt. In Wirklichkeit dürften die Verhältnisse im allgemeinen noch günstiger liegen.

So sind z. B. für unseren Beruf nur 21 067 Buchbinder in der oben erwähnten Zusammenstellung aufgeführt, welche alle 48 Stunden arbeiten, während für unsere gesamten 110 000 Berufsangehörigen höchstens die 48stündige Arbeitszeit in Frage kommt. Für den überwiegenden Teil derselben ist die 48stündige Arbeitszeit auch noch tariflich festgelegt. So z. B. für die Buchbinderbranche mit ihren 50 000 und die Kartonnagenindustrie mit ihren 82 000 Branchenangehörigen. Darüber hinaus haben jedoch eine erhebliche Anzahl Berufsangehöriger sich die 46 und 44stündige Arbeitswoche errungen, und zwar arbeiten etwa 19 500 Angehörige der Buchbinder- und Kartonnagenindustrie in Berlin und die Buchbinder Leipzigs nur 46 Stunden, während weitere 2500 Berufsangehörige der Reichsdruckerei nur die 44stündige Arbeitswoche haben.

### Unsere Tariffchiedsgerichte.

Wir geben hiermit eine Zusammenstellung derjenigen Orte, für die auf Grund der einschlägigen tariflichen Bestimmungen für das Buchbindergewerbe sowohl als auch für die Etuis- und Kartonnagen-Industrie örtliche bzw. bezirkliche Tariffchiedsgerichte gebildet wurden.

Für den Buchbinder-Reichstarif bestehen Schiedsgerichte in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bremen, Breslau (für Provinz Schlesien), Chemnitz, Dresden, Elberfeld, Erfurt, Hensburg, Frankfurt am Main, Halle, Hannover, Hamburg-Altona, Kiel, Köln, Leipzig, Lübeck, Magdeburg (Bezirkschiedsgericht für Provinz Sachsen und Anhalt), Kottbus, Stuttgart und Zittau.

Für das Etuis- und Kartonnagen-Gewerbe bestehen Schiedsgerichte in Annaberg (umfassend die Orte: Buchholz, Sehma, Bieja, Reichenbach, Cranzach und Oberwiesenthal), Bezirk Bielefeld (umfassend die Orte: Bielefeld, Udenstedt, Johanna-Georgenstadt, Lauter, Böhmisches Kalkwerk, Schöneberg und Schwarzwald), Berlin, Bielefeld, Breslau (für Provinz Schlesien), Chemnitz und Bezirkschiedsgericht, Dresden, Barmen-Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg-Altona, Hannover, Kassel, Köln, Lehr-Baden, Leipzig (Orts- und Bezirks-Schiedsgericht umfassend die Orte: Eilenburg, Grimma, Reichenbach, Rerchau, Großsch, Taucha und Wurzen), Lübeck, Luckenwalde, München, Nürnberg (Bezirkschiedsgericht für Nordbayern), Offenbach, Plauen (umfassend die Orte des Vogtlandes, beginnend mit Zwickau), Pforzheim (unter Anschließ der mittelbairischen Orte), Rathenow, Sonneberg und Stuttgart (Orts- und Bezirks-Schiedsgericht, umfassend die württembergischen Orte).

Für Buchdruckerien (nur Zusatzvertrag) bestehen Schiedsgerichte in Bremen, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Hamburg-Altona und Nürnberg (für Mittel- und Oberfranken).

Ausschließlich für Briefumschlag-Branche bestehen Schiedsgerichte in Hamburg-Altona und Leipzig.

### Entscheidung des Sachtariffamtes Leipzig.

Berufungsinstanz der Zählstelle Breslau wegen Bedienung der Bleichschneidemaschinen durch Gehilfen. Entscheidung: Das Tarifamt stellt fest, daß an der Bleichschneidemaschine (Hadepeter) nur Gehilfen beschäftigt werden dürfen. Begründung: Auf Grund des Tariffs herrscht kein Zweifel darüber, daß an Durchschneide- und Bleichschneidemaschinen nur Gehilfen zur Bedienung verwendet werden dürfen. Auch die im vorliegenden Falle genannte Bleichschneidemaschine gehört in Anbetracht ihrer Konstruktion und ihrer Gefährlichkeit zu den Maschinen, für die nur die Bedienung durch Gehilfen in Frage kommt, was übrigens auch gewerbetätig ist.

Leipzig, am 17. November 1921.  
gez.: Kummel. gez.: Hejse.

# Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung und im Druckgewerbe im Jahre 1922

hat sich, wie der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung auf Grund der bei ihm eingegangenen Meldungen der Konventionen und Fachvereine berichtet, im Januar gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich geändert. Wenn auch die Beschäftigung im allgemeinen noch lebhaft ist, wenn sie auch da und dort noch etwas zugenommen hat, so ist doch der Eingang an neuen Aufträgen zumeist geringer geworden. Die Papierverfertigung ist nach wie vor schleppend und gibt fortdauernd Anlass zu lebhaften Beschwerden. Beklagt wird fast in allen Gruppen über den Rückgang der Auftragsaufträge, da die Herstellungskosten die Weltmarktpreise mehr und mehr erreichen.

In der Papierausstattungsindustrie hat sich nach Erledigung des Weihnachtsgeschäfts die Beschäftigung verschlechtert, soweit nicht auf Lager gearbeitet werden kann. Die Versorgung mit Papier, Karton und Pappe war sehr schlecht, wie im Vormonat. Dabei kamen im Januar die im Dezember beschlossenen starken Preiserhöhungen zur vollen Auswirkung. Die Ausfuhr ins benachbarte Ausland ist nach Beendigung des Weihnachtsgeschäfts zurückgegangen. — Nach Meldung des Vereins Deutscher Papierfabrikanten ist die Nachfrage nach Papierwaren infolge des außerordentlich hohen Preises für Intesätze härter geworden. Dagegen wird sehr geklagt über die ungenügende Rohstoffversorgung. Die Rohpapierpreise sind seit September ungefähr um 120 Proz. in die Höhe geklettert worden. Entsprechend sind auch die Verkaufspreise gestiegen. Doch ist es nahezu unmöglich, die Verkaufspreise genau zu bestimmen, da die Papierfabriken nur zu offenen Preisen verkaufen. Bis vor jeder Preiserhöhung hat sich auch im Januar wieder gezeigt, daß die für Ende des Monats angeforderten Waggons nicht gestellt worden sind. Die Ausfuhrpreise sind neu geregelt worden.

Der Zentralverband Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten berichtet, daß die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat nachgelassen hat. Trotz Lohn- und Materialpreiserhöhung konnten die Verkaufspreise nur zum Teil erhöht werden. Die Ausfuhr ist gedrückt, namentlich weil die Weltmarktpreise mehr und mehr erreicht werden. Für die pharmazeutischen Kartonnagen war die Beschäftigung zufriedenstellend. Durch Konventionsbeschluß wurden die Verkaufspreise durchweg um 20 Proz. erhöht. Die Ausfuhr hat sich gehalten. Im Verband Deutscher Faltschafffabrikanten hat sich die Nachfrage wesentlich verbessert. Die im Dezember wahrnehmbare Zurückhaltung mit Aufträgen machte infolge weiterer Steigerung der Inlandpreise einer vermehrten Kaufkraft Platz. Infolge der erhöhten Rohstoffpreise und Löhne mußten auch die Verkaufspreise erhöht werden. Die Ausfuhr geht zurück, da die hohen Inlandpreise einerseits und das Heruntergehen der Löhne und Materialpreise in den Auslandsländern andererseits die Exportmöglichkeiten einschränken. Auch hat der Übergang zur Fakturierung in Auslandswährung den Export zurückgebracht. Für Schreibstoffe blieb die Nachfrage unverändert lebhaft. Infolge der fortgesetzten steigenden Rohstoffpreise mußten die einzelnen Betriebe die Verkaufspreise aus eigenem Antrieb erhöhen. In der Buchbindererei ist die Beschäftigung die gleiche geblieben.

Im Druckgewerbe ist die Durchschnittsbeschäftigung noch gut. Die Nachfrage nach industriellen Drucksachen wird etwas ruhiger. Die Papierverfertigung ist nach wie vor schlecht. Der Lohnsatz war zum 1. Februar gekündigt worden. Die neuen Verhandlungen haben eine zehnprozentige Lohnerhöhung mit sich gebracht. Das Tarifamt hat eine 15prozentige Preiserhöhung vorgeschrieben. Im Steindruckgewerbe gestaltet sich, wie der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer mitteilt, das Geschäft ständig schwieriger, wenn auch zunächst Beschäftigungsgrad und Umsatz noch befriedigend. Wegen der außerordentlich schlechten Papierverfertigung kommen einzelne Papierverarbeitungsbetriebe zum Stillstand. Die Verkaufspreise sind im Monat Januar gleich geblieben, obwohl sie durch fortdauernde Steigerung von Löhnen und Kosten überholt waren.

Da neue Lohnerhöhungen ab 1. Februar bewilligt sind und die Rohstoffe weiter anziehen, wird im Februar eine den erhöhten Kosten entsprechende Preiserhöhung der Fertigmwaren eintreten. Die Ausfuhr ist sich gleich geblieben; doch gestaltet sich das Ausfuhrgeschäft immer schwieriger, da man sich auch hier den Weltmarktpreisen nähert, ja sie zum Teil schon überschritten hat.

Die Postkartenkonventionen betonen, daß die Auftragsaufträge immer spärlicher eintreffen. Doch sind die den Konventionen angeschlossenen Firmen, da meist langfristige Lieferungsverträge in Frage kommen, gut beschäftigt; für die nächsten Monate wird jedoch mit einem erheblichen Rückgang der Beschäftigung gerechnet. Bei den Betrieben des Vereins Deutscher Spielkartenfabriken war die Beschäftigung im Januar gut. Beklagt wird, daß durch das Verfahren der Papierfabriken, die nur zu freibleibenden Preisen verkaufen, jede Kalkulationsmöglichkeit ausgeschlossen ist, was namentlich im Exportgeschäft sehr nachteilig wirkt. Die Verkaufspreise mußten um 45 Proz. erhöht werden, obwohl damit die Mehrgewinnkosten noch nicht gedeckt sind. Die Ausfuhr ging zurück. Die Kalenderblock-Konvention meldet, daß das Kalendergeschäft für 1922 erledigt ist. Mit der Fabrikation und dem Verkauf für 1923 ist bisher kaum begonnen worden, da die Preisfestsetzung zurzeit noch große Schwierigkeiten bereitet. Die Preisfestsetzung soll im Februar erfolgen.

## Berichte.

Berlin. In drei überfüllten Betriebsversammlungen nahm die Belegschaft der Reichsdruckerei Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die vom Ministerium geforderte Arbeitszeitverlängerung und die Einschränkung des Mitbestimmungsrechts. Mit außerordentlichem Geduld hat die Betriebsvertretung immer wieder auf dem Verhandlungswege versucht, zu einem befriedigenden Resultat zu kommen. Sie hat dadurch den Beweis erbracht, daß sie kein Interesse an einem ernstlichen Konflikt hat. Trotzdem hat das Ministerium und die Direktion immer wieder neuen Konfliktstoff hinzugebracht. Die Direktion ist ohne irgendeine Verständigung nachzugehen, von der Gefährdung abgesehen, bei den tariflichen Zulagen prozentuale Zuschläge zu gewähren und macht die weitere Bezahlung von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig. Die bisherigen Forderungen sollen ebenfalls eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Das Mitbestimmungsrecht wird in jeder Weise auf das größtmögliche verlegt. Die Einstellungen sollen teilweise nach Normerklisten erfolgen.

Die Diskussionsredner verurteilten auf das entschiedenste die Haltung des Ministeriums und der Direktion und ließen keinen Zweifel darüber, daß das Personal nicht mehr gewillt ist, all die Verschlechterungen ruhig hinzunehmen.

Auf Befehl der Versammlungen unterbreiteten die Obleute der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Belegschaft der Reichsdruckerei zwei Fragen zur Urabstimmung.

Hierbei hat das Personal die Angebote des Reichspostministeriums abgelehnt und die Umkehr von Verschlechterungen sowie Durchführung eines besseren Arbeiterrechts mit neun Zehnteln der abgegebenen Stimmen beschlossen.

Nunmehr werden die weiteren Verhandlungen zeigen, ob das Reichspostministerium gelassen ist, durch Entgegenkommen dem Konflikt die Schärfe zu nehmen.

Seitens der Verhandlungskommission wird versucht werden, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um der Arbeiterschaft sowohl wie der Direktion einen schweren Kampf zu ersparen.

Berlin. Am 19. Januar fand hier eine Versammlung der weiblichen Mitglieder statt, um Stellung zu den Anträgen zum Verbandstag zu nehmen. Obgleich der große Saal des Gewerkschaftsaufbaus von den Versammlungsbesuchern bis auf den letzten Platz besetzt war, war doch immerhin nur ein kleiner Teil von den tausenden organisierten weiblichen Mitgliedern erschienen, und mußte der Besuch solcher Versammlungen ein etwas regerer sein. Kollegin Lucie Krzymin gab ein Bild von der geschichtlichen Entwicklung des Verbandes und erklärte, daß die Arbeiterinnen von den ihnen zustehenden Rechten nur sehr wenig Gebrauch machten. Auf den früheren Verbandstagen sind die weiblichen Mitglieder nur durch einen, höchstens zwei Delegierte vertreten gewesen. Auf dem Verbandstag in Würzburg waren 57 000 weibliche Mitglieder durch 9 Delegierte, 23 000 männliche Mitglieder durch 165 Delegierte vertreten. Rednerin fordert die Kolleginnen zu reger gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit auf. Weiter begründet sie eingehend folgende dem nächsten Verbandstag zu unterbreitende Anträge: 1. Im Tarifauschuß müssen

unsere weiblichen Mitglieder prozentual vertreten sein. 2. In der Tarifkommission müssen weibliche Mitglieder aktiv vertreten sein. 3. Die Stimmungen bei den Arbeiterinnen sind zu verringern. 4. Bei den Wahlen der Arbeiterinnen ist dahin zu streben, daß die Berechnung mit 50 und 65 Proz. von den Männerlöhnen einer gerechteren Berechnung Platz machen muß, weil sonst die Spanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen immer größer wird. 5. Einführung der Hinterbühnenunterstützung für weibliche Mitglieder. 6. Einführung der Invalidenunterstützung für weibliche Mitglieder. 7. Verheiratete weibliche Mitglieder haben dieselben Rechte und Pflichten wie unverheiratete weibliche Mitglieder. 8. Bei Anstellung von Beamten müssen weibliche Mitglieder mehr berücksichtigt werden, als es bisher geschehen ist.

In der Diskussion sprachen die Kolleginnen Schreier, Jahn, Unterlauf und Schneeweiß im Sinne der Referentin. Kollegin Jahn stellte fest, daß erst im vorigen Jahr eine angestellte Kollegin bei der Wahl in der Zahlstelle Berlin durch die Buchbinderin der Kolleginnen von ihrem Posten kam. Kollegin Unterlauf stellte den Antrag: Der Verbandstag wolle beschließen, die bisherigen Beitragsklassen — männlich und weiblich — fallen zu lassen und dafür Stimmungsklassen einzuführen, in welche — wiederum männlich und weiblich — je nach dem Verdienst zu teilen ist. Sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, worin vom Tarifauschuß gefordert wird, bei Beratung des neuen Lohnabkommens den Prinzipalen einen Antrag zu unterbreiten, welcher die Gleichstellung der Lohnsätze für gebildete Arbeiterinnen mit den Anfangslöhnen der Gehilfen bezweckt.

Die Jugend der Zahlstelle unterbreitete der Versammlung ebenfalls Anträge zum Verbandstag, von denen ein Antrag die Einberufung einer Jugendkonferenz fordert, ein anderer einen Entwurf zum organisatorischen Aufbau der örtlichen Jugendabteilungen enthält. Nach kurzer Begründung durch zwei Vertreter der Jugend beschloß die Versammlung demgemäß.

Berlin. Die Linierer-Sektion hielt am 17. Januar eine außerordentliche Versammlung ab, welche sehr stark besucht war. Der Obmann, Kollege Rusch, gab den Jahresbericht und führte darin aus, daß sich unter den Linierern fast aller deutschen Städte im Anfang des verflochtenen Jahres ein reges Interesse für eine Reichskonferenz geltend machte, welcher Wunsch sich zum Entschluß veränderte. Der Kongreß, welcher in Leipzig stattfand, brachte zwar keinen eigenen Tarif für Linierer, sondern nur einen Zusatzvertrag zum Kontobuchtarif, welcher, wenn er verwirklicht wird, immerhin einen guten Schritt vorwärts bedeutet. Rusch verbreitete sich dann eingehend über den neun Wochen währenden Berliner Streik in der Kontobuchbranche, und konstatierte, daß die gesamte Kollegenschaft einmütig bis zum letzten Tage ausbarnte, trotz Mobilmachung der Behörden und Gerichte durch die Unternehmer. Bei der Neuwahl der Kommission kam folgendes Resultat zustande: Obmann: Rehm, Schriftführer: Weiß, Branchenkommision: Rusch, Beisitzer: Kimpel, die Kolleginnen Schuppe und Schübler.

Weiß bedauert, daß das Interesse, welches die Sektionen der Provinz an der Sache nehmen, von Tag zu Tag nachläßt. Er hofft jedoch, daß die Kollegenschaft der Provinz sich wieder zusammenfinden wird, um die begonnene Arbeit gemeinsam fortzusetzen. Nachdem Rusch die Erfolge der Kleinarbeit in den Wertstufen geschildert und einiges statistisches Material über die Berliner Verhältnisse gegeben hatte, schloß er mit einem Appell an die Versammlung, daß es jetzt mehr denn je notwendig sei, sich beruflich zusammenzuschließen, um gemeinsam den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen.

Eisenberg. In der am 2. Februar abgehaltenen außerordentlichen Stenographenversammlung wurde der Bericht von den Verhandlungen in Weimar entgegengenommen. Die niedrigen Zustände erregten stürmische Entrüstung. Die Versammlung erklärte sich keineswegs mit den Zuständen einverstanden und ermahnte sofortige neue Verhandlungen, um die Gewerkschaft aus dem bestehenden Elende einigermaßen zu befreien.

Frankfurt a. M. Durch Verhandlungen mit der Buchbinder-Jungung in Frankfurt a. M. und der Gruppe Offenbach des Verbandes Hessischer Buchbindermeister mit unserer Zahlstelle wurde das neue Lohnabkommen ebenfalls anerkannt.

Frankfurt a. d. O. Zu der am 19. Januar abgehaltenen Generalversammlung hatten sich circa 160 Mitglieder eingefunden. Der Vorsitzende Wüchling gedachte in einem Nachruf zunächst des verstorbenen Kollegen Hecht. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsbericht vom 4. Quartal gegeben. Wir hatten zwei Lohnbewegungen in der Löhne- und Beihilfenbranche zu führen, wodurch wir die dort gegebenen Löhne einigermaßen den Reichstaxiföhnen anpassen konnten.

Außer der Erhöhung der Verbandsbeiträge, für welche unsere Mitglieder mit wenig Ausnahmen stimmten, mußten wir uns auch entschließen, die Lokalbeiträge zu erhöhen, um die unseren frankten und arbeitslosen Mitgliedern gewährte Unterstützung in derselben Höhe weiter bezahlen zu können. Der Mitgliederbestand, der am Anfang des Jahres 293 betrug, stieg am Schlusse des Jahres auf 330. Der Kassenbericht konnte infolge Erkrankung des Kassierers Röhne nicht gegeben werden. Dieser hat sein Amt infolge seiner Krankheit niedergelegt und ist an seine Stelle Kollege Spann mit den Kassengeschäften betraut worden. Den Funktionen wurde eine Erhöhung der Entschädigung bewilligt.

Der Vorstand der Zahlstelle, bestehend aus den Kollegen Büsching (1. Vorsitzender), Lange (2. Vorsitzender), Spenn (Kassierer), Eop (Hauswart), Braun (Schriftführer), Fischer, Kollegin Grote und Barisch (Beisitzer), Porassin, Kogler (Revisoren), Büsching, Weister, Kriening (Kartelldelegierte) wurde einstimmig wiedergewählt. Beschlossen wurde, unser örtliches Lohnabkommen um einen Monat zu verlängern.

Den Kartellbericht gab Geister. Auf Anregung wurde der Beschluß gefaßt, unser 11. Stiftungsfest in der üblichen Weise zu feiern.

**Hannover.** Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegin Anna Schacht. Kornacker gab sodann den Geschäftsbericht. Danach stieg die Mitgliederzahl von 761 männlichen und 1611 weiblichen Mitgliedern am Anfang des Jahres auf 760 männliche und 1770 weibliche Mitglieder am Schlusse des Jahres. Weiter gab Kornacker eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Reichstaxtariffrage im verflochtenen Jahre. Nach dem Kassenbericht für das 4. Quartal bilanzierte die Verbandskasse in Einnahmen und Ausgaben mit 76 901,09 Mk. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schlusse des Quartals 46 473,77 Mk. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben die Wiederwahl des Kollegen Kornacker zum 1. Bevollmächtigten. Ebenso wurden die übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung wieder, und der Kollege Bertram neugewählt. Die bisherigen Revisoren und Delegierten zum Graphischen Kartell wurden wiedergewählt. Kornacker machte dann auf den kommenden Verbandstag und den Kongress des ADGB aufmerksam, zu denen die Kollegenschaft schon bald Stellung nehmen möge. Auch der in diesem Jahre bevorstehende Ablauf des Reichsmanteltarifs erfordere, daß man sich bald damit beschäftige, um etwaigen Wünschen der Kollegenschaft Geltung zu verschaffen. Zur Durchberatung des Tarifs soll eine Kommission eingesetzt werden. Ueber den nächsten Verbandstag entspann sich eine lebhafteste Debatte. Allseitig wurde zum Ausdruck gebracht, daß hier nicht wieder die Zeit mit nutzlosen politischen Debatten vergeudet werde, sondern daß positive Gewerkschaftsarbeit geleistet werden müsse. Einstimmig wandte sich die Versammlung gegen das Auftreten eines Kollegen, der fälschlich die Versammlungen mit überabitalen Nebenarten und Beschimpfungen der Gewerkschaftsführer brüskiert. Der Vorsitzende wurde aufgefordert, dies mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln zu verhindern.

**Hirschberg.** Unsere Zahlstelle hielt am 17. Jan. ihre Generalversammlung ab. Die Versammlung ehrte das Andenken dreier verstorbener Mitglieder in hergebrachter Weise. Eingehend berichtete dann Hölzel über die Tätigkeit im verflochtenen Jahre. Geschlossen steht der Vorstand die aus 470 Mitgliedern bestehende Ortsgruppe hinter sich in etwaigen bevorstehenden Kämpfen. Einstimmig wurde die Tarifpolitik des Verbandes gebilligt. Mehr denn je erblickten die Mitglieder den Verband als Kampf- und in zweiter Linie erst als Unterstützungsorganisation. Die Beitragsregelung soll dem jeweiligen Stundenlohn angepaßt werden. Aus dem Kassenbericht ist erfreulicherweise ein Erstarken unserer Ortsgruppe zu entnehmen. In der Aussprache wurde das Verhalten der „Schleifischen Gebirgszeitung“ scharf gerügt, da sie sich des Vertragsbruches schuldig machte. Sonst lamentiert diese Zeitung über Tarifbruch, aber Tarifstreue ist für sie ein polnischer Bahnhof. Auch darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen; unsere Kollegen werden zu ihrem Recht kommen. Einstimmig wurde Hölzel als 1. Vorsitzender gewählt, trotzdem er die Versammlung um eine Neubestellung durch einen anderen Kollegen ersuchte. Als zweiter Vorsitzender wurde Willner, als Kassierer Schlegel, 1. Schriftführer Birahan, 2. Schriftführer Börner, als Beisitzer Rehrlich, Kollegin Grünas und Hofmann, als Revisoren Kaminski, Stumpe und Wähle neubzw. wiedergewählt. Unter Anträgen und Verschiedenes wurde vom Vorstande gefordert, die Weiterbildung der Betriebsräte zu beschleunigen. Scharf nimmt sich erkennen in der Haltung des Kreisgewerkschaftsausschusses dieser Frage gegenüber. Ein Antrag, der Ortsauschuß möge sich mit der Frage

der Errichtung eines Volkshauses beschäftigen, wurde dem Vorstand zur weiteren Erledigung überwiesen. Nach eingehender Erläuterung von Krankentafel- und Steuerfragen wurde die Verlammlung mit der Ermahnung zu reger Arbeit im Interesse des Verbandes geschlossen.

**Krefeld.** Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf wurde der Vorstand bis auf einige Posten wiedergewählt. Des Weiteren wurden dann Anträge zum Verbandstage gestellt, welche jedoch von den Antragstellern zunächst bestimmter formuliert und dem Vorstande zur Einsicht vorgelegt werden sollen. Weiter vorgebracht wurde die Wünsche besonders über tarifliche Verhältnisse bzw. den Reichstaxtarif, die Ortstaxieneinteilung usw. gedenkt der Vorstand im Laufe der Zeit zu regeln. Zum Schlusse wurden dann noch einige Erinnerungen vorgebracht, welche dem neuen Vorstande zur Erledigung überwiesen wurden.

**Ohligs (Rhld.).** Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt, in der neben dem Kassenbericht auch ein Bericht über die Lohnverhandlungen in der Kartonnagenbranche gegeben, sowie die Vorstandswahl getätigt wurde. Nach der Erstattung des Kassenberichts berichtete unser Vorsitzender als Mitglied der Tarifkommission über die stattgefundenen Verhandlungen, in denen gemeinschaftlich mit den Portefeuliers und Lederwarenarbeitern sowie dem Christl. Verband ein Tarif mit den Fabrikanten abgeschlossen wurde. Die Wahl des Vorstandes war schwierig, doch konnte zuletzt doch ein Resultat erzielt werden.

**Schweinfurt.** Am 24. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, in welcher der Vorsitzende, Kollege Kachelmann, den Geschäftsbericht gab. Der Mitgliederbestand am Jahreschlusse beträgt 16 männliche und 37 weibliche Mitglieder. Bei der Neuwahl wurde Kachelmann zum Vorsitzenden und Kassierer wiedergewählt. Weiter wurden gewählt: als Schriftführer Stürmer, als Beisitzer Werner und Kollegin Seip, während zu Revisoren Stürmer und Grummt bestimmt wurden. Ferner wurden als Kartelldelegierter Kachelmann und Dorstky als Unterkassierer gewählt. Hierauf brachte der Vorsitzende ein Schreiben des Gauleiters zur Kenntnis, wonach am 10. März 1922 ein Gantag in Nürnberg stattfindet. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Sache einstweilen zurückzustellen. Nach Erledigung kleinerer lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an alle Anwesenden eifrig zusammenzuarbeiten zum Wohle des Verbandes und zum Gedeihen der Zahlstelle Schweinfurt.

### Abrechnungen

vom 4. Quartal 1921 gingen weiter bis zum 21. Februar bei der Verbandskasse ein von:  
Bernau 2500 Mk., Schwerin 1000 Mk., Mithersleben 21 500 Mk., Halberstadt 2000 Mk., Minden i. W. 1641,20 Mk., Dortmund 6500 Mk., Düsseldorf —, Marl, Aserlohn 900 Mk., Aachen 6000 Mk., Neuwied 2621,20 Mk., Darmstadt 10 500 Mk., Kaiserslautern 3300 Mk., Limburg a. L. 700 Mk., Arnstadt 2200 Mk., Gotha 3000 Mk., Göttingen 8184 Mk., Tröfingen 16 200 Mk., Gau Südbayern 2000 Mk., München 60 000 Mk. Fr. L e n d e r.

### Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.  
Bernau (Merk). B.: G. Wignert, Weinbergstr. 44.  
K.: Emma Müller, Kronenstr. 260/262.  
Grafstadt. B.: J. Klump,ilianstr. 16. K.: J. Jacob,ilianstr. 12.  
Leipzig. Verbandsbureau Zeißer Str. 32 III, Zimmer 69/72. Fernsprecher: 10 627, 12 539, 12 730.  
Mainz. B.: H. Bernhard, Mainz-Brehenheim, Schußtr. 29. K.: A. Kippel, Kleine Langgasse 3 II.  
Osnabrück. B.: W. Springub, Schintelfstr. 6. K.: R. Steglich, Kofschestr. 23 part.  
Quedlinburg. B.: R. König, Augustinerstr. 89 (Ecke Weberstr. 43). K.: R. Kühne, Bismarckstr. 3.  
Saarbrücken. B.: J. Bij, Dudweiler-Saar, Schwälmfestr. 14. K.: R. Winder, Saarbrücken 3, Dudweiler Str. 12 II.  
Zittau i. S. B.: H. Schwarzbach, Johannisstraße 17 I. K.: H. Sproh, Neustadt 41 part.

### Literarisches.

Bernstein. „Der Sozialismus einst und jetzt.“ Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Mk.

## ANZEIGEN

Wir berechnen tüchtige **Etuismacher** für Toilette- und Bekleidungs-Etuis sowie perfekten **Etuisstreiner** sofort gesucht.  
**H. Stallmann**  
Etuisfabrik  
Frankfurt a. Main  
Gr. Dirschgraben 15.

Tüchtiger **Papierschnneider** in Dauerstellung gegen tarifliche Entlohnung gesucht.  
**Ernst C. Behrens**  
Papierwarenfabrik  
Hfeld a. d. Weine (Hannov.)

**Kartonnagen-Zuschneider**, der an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist und Wasser anfertigen kann, per sofort gesucht.  
**S. Geiger**  
Kartonnagenfabrik  
Stuttgart, Heustieg Nr. 44.

Für unsere Berliner Kontobücherabteilung suchen wir per bald einen **tüchtigen Suchbinder** zur Unterstützung des Leiters, welcher mit dem Kalkulationswesen und der feinen Lohnabrechnung vollkommen vertraut ist. Umgeb. mit Angabe v. Referenzen sowie bisher. Tätigkeits sind zu richten unt. **Z. 8. 26** an die Expedition dies. Blg.

**Grüne u. blaue Buchbinder-Schürzen**  
Beste l. erstklassige Qualität und Farbe zu vorzüglichen an Preis. H. für Männer, Gr. 50/100, mit Band oder ohne Nr. 45. — das Stck. Arbeitslohn Mk. 1.50. —

**A. C. Volz**  
Berufschulzabteilung  
Stuttgart, Moltkestr. 77, Tel. 1999  
Berlangen Sie Musterkatalog, Einzelblatt ges. Nachnahme. Bei der Buchausstellung beim Bundesrat in Weimar wurde die Qualität meiner Fabrikate als vorzüglich anerkannt.

**Anzeigen**  
finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingelandt ist.

**Zahlstelle Berlin.**  
Am Freitag, den 3. März, nachm. 5 Uhr, findet im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstraße 13, eine **Große Jugendversammlung** statt.  
Tagesordnung:  
1. Ertelungnahme zur Wahl der Schulkerräte.  
2. Werkstübenausschüsse.  
3. Verschiedenes.  
Alle Jugendlichen und Lehrlinge müssen unbedingt in dieser Versammlung anwesend sein.  
Die Jugendkommission.

**Warenverforgung des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes**  
Die A.D.G.B. hat neuerdings einen großen Vorrat billiger Bekleidungsgegenstände beschafft, die in den nachstehenden Verteilungsstellen an die organisierten Mitglieder abgegeben werden.  
Zimmerstraße 69  
Schaubergstraße 37/38  
Schönhauser Allee 178  
Bismarckstr. 185  
Engelstr. 80  
Zablonstr. 8  
Kottbuser Damm 88/89

**Verbandsbuch mitbringen! Kollegen abt Solidarität.**  
Kauf in Euren eigenen Geschäften.

**Wiril Klebstoffe**  
sind **Allen voran**  
Klebstoffe für jeden Zweck: Kautschuk - Harz - Holz - Knochen- und Lederleime,  
**Chem. Techn. Werke Willybald Richter**  
Quersr. 4-8 Leipzig Quersr. 4-8  
Tel. 3049, 1248.